



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0888690

P/XV/225 - 1. Oktober 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Bedeutsame Entscheidung</u> Zur Kündigung des Interzonen-Handelsabkommens	40
2 - 3	<u>Mennis Schaukelpolitik</u> Die Eröffnung des Wahlkampfes in Italien Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	80
4	<u>Selbständige auf dem Rückzug</u> Schattenseiten des Wirtschaftswunders	46
5 - 6	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Wiesbaden - die Stadt in Wandel</u> Von Oberbürgermeister Georg Buch	91

* * *
* * *

Bedeutsame Entscheidung

Zur Kündigung des Interzonen-Handelsabkommens

sp - Niemand wird die vom Bundeskabinett am Freitag getroffene Entscheidung - vorsorgliche Kündigung des Interzonen-Handelsabkommens - mit Freude oder gar Begeisterung begrüßen. Nach monatelangen Versuchen der Machthaber in Pankow, die Freiheit Berlins Stück um Stück einzuschränken und nach der jüngsten Sowjetnote, in der sich Moskau zum ersten Male offiziell mit den Maßnahmen der sowjetzonalen Behörden solidarisch erklärte, war eine Situation entstanden, die Gegenmaßnahmen des Westens erforderte. Die Bundesregierung, der Zustimmung des Berliner Senats und der westlichen Alliierten gewiss, hat im Einvernehmen mit allen Parteien des Bundestages die erwähnte Gegenmaßnahme angekündigt und gleichzeitig ihre Bereitschaft zu neuen Verhandlungen mit Pankow über ein den gegebenen Umständen angemessenes Handelsabkommen erklärt. Dass diese Ankündigung am Freitag erfolgte, ergab sich aus dem im Handelsabkommen vorgesehenen Kündigungstermin vom 30. September zum 31. Dezember dieses Jahres.

Sinn und Zweck der Maßnahme der Bundesregierung ist es, eine Rechtsgrundlage für den freien Verkehr von Menschen und Waren zwischen der Bundesrepublik und Westberlin sowie mit der sowjetischen Besatzungszone zu schaffen, die eindeutig ist und in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen der früheren Siegermächte über die Stellung Berlins im vorläufig noch geteilten Deutschland steht.

Die Reaktion der Bundesrepublik auf das ständige Bohren Pankows an den verbrieften Rechten Berlins war - das soll ohne Dramatisierung festgestellt sein - zu erwarten. Die westlichen Freunde der Bundesrepublik hätten es nicht verstanden, wenn wir von ihnen bestimmte Maßnahmen zur Abwehr der Aktionen Ulbrichts gefordert hätten, ohne zu sagen, was wir selbst zu tun bereit sind.

Die jetzt entstandene Situation zeigt mit aller Deutlichkeit, wie richtig der von der Sozialdemokratie seit dem Berlin-Ultimatum Moskaus im November 1958 eingenommene Standpunkt war. Damals erklärte die Sozialdemokratie, das Berlinproblem könne nicht isoliert gelöst, sondern müsse in der grösseren Zusammenhang der internationalen Erörterung über die Deutschlandfrage und über das Problem der europäischen Sicherheit gestellt werden.

Es wird nicht leicht sein, diesen Grundsatz in der jetzt ohne Zweifel schwieriger gewordenen Situation wieder zum Tragen zu bringen, und doch sollten alle Anstrengungen in diese Richtung gehen. Die Rede des britischen Premiers Macmillan vor der Vollversammlung der UNO am Donnerstag gibt den Hinweis dafür, dass wir in der Bundesrepublik mit diesen Bemühungen nicht alleinstehen würden.

+ + +

Nennis Schaukelpolitik

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

In ganz Italien ist die Atmosphäre eines Wahlkampfes bereits spürbar. Der z.T. witzige Plakatkrieg hat begonnen und jeden Morgen stehen gestikulierende Gruppen von Menschen davor. Die Diskussionsfreudigkeit - verglichen zu den Nachkriegsjahren - hat stark nachgelassen, dennoch staunt man immer wieder über das Interesse, das diese Plakate hervorrufen.

Obwohl es sich am 6. November um Gemeinde- und Provinzialwahlen handeln wird, ist sich jedermann bewusst, dass das politische Schicksal der heutigen Fanfani-Regierung in dieser zweiten Legislaturperiode weitgehend vom Ergebnis dieser Administrativwahlen abhängig ist.

Sollten - zusammen mit der Democrazia Cristiana (DC) - die drei demokratischen Parteien (Liberalen, Sozialdemokraten und Republikaner), die die Regierung unterstützen, einen Wahlerfolg erzielen, so erscheint es durchaus möglich, dass die heutige christlichdemokratische Regierung von einem Vierparteien-System abgelöst würde. Ein bedeutender Sieg der Linken, besonders ein wesentlicher Erfolg der Linksozialisten, würde wiederum eine Periode der politischen Unsicherheit hervorrufen.

So versteht es sich, dass die DC bis vor einigen Monaten an der Zweckmässigkeit zweifelte, Wahlen zu einem solch heiklen politischen Zeitpunkt abzuhalten, und dass ein grosser Teil von Christlichdemokraten diese Probe gern hinausgeschoben hätte. Niemand hatte mit der äusserst ernsten Juli-Krise gerechnet, welche die von den Neofaschisten unterstützte Tambroni-Regierung weglegte. Die antifaschistischen Gefühle der überwiegenden Mehrheit der italienischen Bevölkerung äussern sich heftig. Jedermann wurde es klar, dass in dem Augenblick, da Tambroni eine Verbindung zwischen Regierung und Neofaschismus herzustellen versuchte, am Horizont das Gespenst eines Bürgerkrieges auftauchte.

Diese grosse Angst brachte auch die Parteieinheit in der DC wieder zustande; vom rechten Flügel - den Pella verkörpert - bis zu Fanfani, der die Linke vertritt. Etwas Ähnliches geschah mit den Parteien der demokratischen Mitte. Liberale, Sozialdemokraten und

1. Oktober 1960

Republikaner fanden, zusammen mit der DC, die notwendige gemeinsame politische Ebene, um gegen die Gefahr eines Bürgerkrieges zu wirken.

Es ist vor allem auf Grund der wiedergewonnenen Einheit, dass die DC den kommenden Wahlen zuversichtlich entgegentritt. Sie stellt sich der Wählerschaft als die traditionelle Zentrumsparterie vor und verspricht, die demokratische Legalität mit den Forderungen des sozialen Fortschritts zu vereinbaren.

Unter dem Druck des linken Flügels seiner Partei hat Nennis Verselbständigungspolitik von den Kommunisten einen Stillstand erlitten. Das sozialistische Zentralkomitee hat beschlossen, dass in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern (da gilt nach wie vor das Majoritätsgesetz), die Linkssozialisten zusammen mit den Kommunisten die Verwaltungsmehrheit zu bilden versuchen. In den grösseren Gemeinden aber (in welchen nach dem Proporz gewählt wird) werden sie nicht nur kein Wahlbündnis mit den Kommunisten eingehen, sondern eine sog. "bewegliche Taktik" anwenden. Überall dort, wo eine linkssozialistische-kommunistische Mehrheit nicht besteht, werden sie ein programmatisches Abkommen mit der DC und den Keinen demokratischen Parteien zu treffen versuchen - unter Ausschluß der Kommunisten.

Die "bewegliche" politische Linie Nennis hat, wie zur erwarten war, nicht nur niemand befriedigt, sondern ihn auch einer äusserst scharfen Kritik ausgesetzt. Obschon niemand, im Ernst und in gutem Glauben, an Nennis Wunsch nach einer Verselbständigung der linkssozialistischen Partei zweifeln kann, so stellt dennoch die linke Opposition in seiner eigenen Partei eine ernstzunehmende Brämsse in dieser Richtung dar.

Der Beschluß der Linkssozialisten hat aber die Stellung der Sozialdemokraten gebessert. Diese werden nun als die einzigen Sozialisten auftreten, mit denen eine Regierung des linken Zentrums zu bilden möglich wäre.

Nennis "geschmeidige" Taktik erspart ihm keineswegs die heftigsten Angriffe auch von den Kommunisten. Diese fürchten nach wie vor die politische Isolierung und nehmen die alte Formel der Volksfront wieder auf, obschon sie Nenni endgültig und mit aller Entschiedenheit längst abgelehnt und selbst der linke Flügel der Partei verworfen hat. So wie die Christlichdemokraten und die Sozialdemokraten die Haltung Nennis in den kleinen Gemeinden kritisieren, so greift Togliatti ihn wegen seiner Stellungnahme in den größeren Gemeinden an. Bedenkt man, daß die Linkssozialisten anlässlich der letzten Gemeindewahlen ein allgemeines Wahlbündnis mit den Kommunisten eingegangen waren, so bedeutet dies doch für die KPI ein bedeutender Schlag, der die heftigen Angriffe gegen Nenni durchaus erklärt.

Die Kommunisten suchen in ihrer Propaganda nach allen möglichen Gründen, um die Unzufriedenheit eines Teils der Wählerschaft gegenüber der DC zu vertiefen. So hat die KPI auch das Problem der Allianz Rom-Bonn aufgeworfen. Viele Italiener empfinden diese als ein Dorn im Auge. Wie sehr diese Gemeindewahlen von einem rein politischen Urteil geleitet und entschieden werden, mag allein das oben erwähnte Argument der Kommunisten beweisen.

+ + +

Selbständige auf dem Rückzug

H.M. - Es ist eine bekannte Tatsache, dass in Zeiten wachsender Beschäftigung ein Teil der selbständig Tätigen seine beruflichen "Freiheiten" aufgibt und ein abhängiges Arbeitsverhältnis eingeht. Vor allem kapitalschwache Einzel- und Kleinbetriebe vermögen dem steigenden Lohnniveau nicht zu folgen, und ihre fachlich geschulten Inhaber finden vielfach in der Industrie ein besseres Einkommen. Ebenso sind zahlreiche freiberufliche Existenzen, deren Interessen keine mit wirklichen Einfluss ausgestattete Organisation vertritt, vom allgemeinen Einkommenszuwachs ausgeschlossen. Sie stehen vor der bitteren Wahl, ihre berufliche Unabhängigkeit - die so oft als staatspolitisch und gesellschaftlich wertvolles Strukturelement bezeichnet wird - mit einer bedenklichen Absenkung ihres Lebensstandards zu erkaufen, oder kurz entschlossen auf die ständig nur materielle Nachteile erbringende Selbständigkeit zu verzichten.

Ein Blick in die Statistik beweist, dass die Dezimierung der Selbständigen ein sich über Jahrzehnte hinziehender Prozess der soziologischen Nivellierung ist. Noch nie aber war die negative Fortschrittsrate so hoch, wie zu Zeiten unseres bundesdeutschen "Wirtschaftswunders". Noch 1882 waren mit 26,1 Prozent über ein Viertel aller Erwerbspersonen selbständig tätig. Ihr Anteil sank auf derzeit nicht ganz 13 Prozent. Zwar behauptet die offizielle Statistik, dass ihre Zahl zwischen 1950 und 1958 wieder zugenommen habe. Genau gesagt: die Zunahme betrug 0,04 Millionen. Im gleichen Zeitraum aber ist die Zahl der Abhängigen um 4,6 Millionen gestiegen. Die relativen Veränderungen sprechen eine noch deutlichere Sprache: während sich die Zahl der Arbeitnehmer 1950 und 1958 um mehr als 33 Prozent erhöhte, blieb die Zuwachsrate bei den Selbständigen auf 1,3 Prozent beschränkt. Es wird somit offenbar: es lohnt sich für die meisten nicht, die von der Bundesregierung gepriesenen wirtschaftlichen Freiheiten unserer Sozialordnung in Anspruch zu nehmen.

Man muß, um diese Entwicklung verstehen zu können, mit einem allgemeinen Missverständnis aufräumen. Wenn beispielsweise an Hand der Statistik nachweisbar ist, daß 1959 gegenüber 1950 das Einkommen der unselbständigen Arbeitnehmer um 94 Prozent, das der Selbständigen aber um 99 Prozent gestiegen sei, dann bleibt zu berücksichtigen: der Begriff der "Selbständigkeit" findet auf den Millionen-verdienenden Industriemanager ebenso Anwendung wie auf den am Rande des Existenzminimums dahinvegetierenden Schriftsteller. Es ist einfach absurd, die Selbständigen ohne weitere Unterscheidung ihrer Einkommenshöhe oder Berufstätigkeit gewissermaßen in "einen Topf" zu werfen und entsprechend zu behandeln. Die Bundesregierung hat erst unlängst erklärt, daß die Freiberuflichen "ihr Risiko selbst zu tragen hätten". Denn ihnen seien auch die "Segnungen einer liberalen Wirtschaftsverfassung" zuteil geworden. Ganz gewiss haben hiervon den Nutzen aber nur eine begüterte Klasse der industriell oder merkantil erfolgreich sich betätigenden "Oberschicht". Für die Masse der Selbständigen bedingt die Wahrung ihrer Freiheit einen bewussten Verzicht auf soziale Sicherheit. Ihr beständiger Rückzug aus dem praktischen Erwerbsleben dürfte den harten Zwang ihrer Existenznot ausreichend beweisen.

Wiesbaden - die Stadt im Wandel

Von Oberbürgermeister Georg Buch

Früher war Wiesbaden ausschließlich Kur-, Bäder- und Wohnstadt. Dazwischen liegen zwei verlorene Kriege. Ihre verheerenden Folgen stellten die Bürgerschaft vor die Entscheidung, zu resignieren oder aber die unhaltbaren Zustände mit eisernem Willen und ungebrochener Tatkraft zu überwinden. Der gesunde Bürgersinn siegte, und man entschloß sich, unter wesentlicher Beteiligung und Führung der SPD, sowie sinnvoller Organisation, zum Wiederaufbau.

Die hinter uns liegenden schweren Jahre sind durch mancherlei neue Aspekte und der äußeren und inneren Entwicklung des Städtebildes gekennzeichnet. Wir sind eine Viertelmillionenstadt geworden. Die ungeahnte Verkehrsentwicklung schuf fast unlösbare Probleme, eine neugeformte, sich rasant entwickelnde Wirtschaft forderte Hilfestellung und Förderung. Nicht zuletzt aber stand der Mensch im Mittelpunkt der gemeindlichen Fürsorge. Wohnungen, Schulen, Kultur- und Sporteinrichtungen mußten im Zeichen einer neuen Zeit aus dem Nichts geschaffen werden. Und sie wurden erstellt dank einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und ihrer selbstgewählten Vertretung, die das Maß ihrer Verantwortung erkannte und alle Kräfte für die Überwindung der vielerlei Widerstände zusammenfaßte.

Die Natur hat uns in den zahlreichen heißen Quellen eine segensreiche Gabe in den Schoß gelegt, die Möglichkeit, vielen Menschen zu Lebensfreude und Gesundheit zu verhelfen. Daß sie und alle ihnen dienenden Einrichtungen möglichst allen Menschen offen stehen und dienen könne, sei unsere ständige Sorge. Hügel, Täler und Wälder prägen unser Stadtbild und locken mit ihrer gepflegten Schönheit Verbände, Gesellschaften und Vereine mit ihren Tagungen und Festen in unsere Mauern und machen es mit ihrem schmucken Grün für viele Betriebe erstrebenswert, in unserer Stadt heimisch zu werden.

An dem, was Wiesbaden geworden ist, haben auch Gewerbe und Handwerk einen erheblichen Anteil. Ihre Aufwärtsentwicklung ging Hand in Hand mit einer Verbesserung des beruflichen Nachwuchses, ein Tatbestand, der in engster Fühlungnahme mit den Verantwortlichen für Berufs- und Berufsfachschulen erreicht werden konnte. Gesunde kaufmännische Tätigkeit machte Wiesbaden zu einer Einkaufsstadt und den Gästen aus der näheren und weiteren Umgebung bietet unsere Vaterstadt ein stets wachsendes und immer schöner werdendes Städtebild mit breit angelegten Grünflächen und gepflegten Wiesen- und Blumenschmuck. Vornehmlich in den Randbezirken, im Süden und Westen der Stadt befindet sich die Industrie, die in zunehmendem Maße ihre Anlagen ausbaut und zu einem erheblichen Faktor im Gesamtrahmen der Großstadt Wiesbaden heranwächst.

Unsere schöne, man möchte sagen "neue" Stadt Wiesbaden erwuchs aus dem Chaos des Jahres 1945. Auf sich selbst gestellt, hat die Bürgerschaft in einer Bewährungsprobe ersten Ranges die Fundamente gelegt,

auf denen später auf-gebaut werden konnte. Was immer auch an Gutem und Beständigem in den folgenden Jahren erreicht werden konnte, es wäre ohne diese erste, mutvolle Leistung eben nicht möglich gewesen.

Wir standen mit in der vordersten Linie und an den Brennpunkten der Not. Der Glaube an den Bürgersinn und an die Zukunft gab uns die Kraft zum Gelingen. Dabei war es verständlich, daß nicht alles auf einmal zu erreichen war, und es war Last genug für jeden einzelnen, nicht alle Tränen zur rechten Zeit trocknen zu können. Aber Schritt um Schritt wurde das Elend zurückgedrängt, und von Tag zu Tag wuchsen die Anstrengungen und die Erfolge. Nun konnte die eigentliche Aufbauarbeit beginnen.

Der ganze Katalog der Erledigung kleiner und großer Aufgaben kann hier nicht aufgeführt werden, aber es erfüllt uns mit berechtigtem Stolz, wenn wir folgendes beispielhaft erwähnen:

Über 25 000 Wohnungen wurden gebaut, davon etwa 16 000 im sozialen Wohnungsbau. 14 Schulen wurden neu errichtet, eine große Anzahl wiederhergestellt, weitere vier neue Schulen sind im Bau. Dazu kommen 11 Turnhallen, 17 Sport- und Jugendtummelplätze, 29 Kinderspielplätze, die große Sporthalle an der Klarenthaler Straße, das Haus der Jugend, die beiden Schwimmbäder Kleifeldchen und Mainzer Straße, die Altenheime und vieles andere mehr.

Über 120 km Straßen wurden im Stadtgebiet neu gebaut und sehr viele Straßen wiederhergestellt oder aber verbessert. Die teilweise oder ganz zerstörten Gebäude unserer Stadt, wie z.B. das Krankenhaus, das Kaiser-Friedrich-Bad, der Schlacht- und Viehhof, das Rathaus, das Kurhaus und sonstige Einrichtungen wurden wieder erstellt.

Noch haben wir nicht alles geschafft. Ich weiß, daß noch viele unserer Bürger unzufänglich und schlecht wohnen und mit Recht unzufrieden sind. Ich weiß auch, daß manche auf das bereits Geschaffene Besseres setzen wollen. Um die Baulandbeschaffung noch zügiger zu gestalten, wurden und werden eine große Anzahl neuer Baugebiete ausgewiesen (Gräselberg, Parkfeld, Klarenthal, Bahnhof usw.) Daß die Lösung der Verkehrsfragen ganze Arbeit verlangt, braucht nicht besonders betont zu werden. Vor allem gilt es, das Leben und die Gesundheit unserer Mitmenschen zu schützen. Diesem Gedanken haben sich die Verkehrsplanungen einzuordnen. Die Betrauung der Professoren May und Leibbrand soll dazu beitragen, Nägel mit Köpfen zu machen.

So ist Wiesbaden eine vielseitige und vielgestaltige Stadt geworden, eine Stadt des Fleißes und der Emsigkeit. Alle mitwirkenden Kräfte zu sammeln und zu mobilisieren, war Zielsetzung der Stadtverordneten. Das Erreichte auszubauen und weitblickend, aufgeschlossen und nimmermüde die zukünftige Entwicklung vorwärts zu treiben, bleibt die verantwortliche, große Aufgabe des neuen Parlamentes, eine Aufgabe, der sich die Sozialdemokratische Partei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften verschreibt und verpflichtet.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel